

ben: die Phase der erfolgreichen sozialdemokratischen Modernisierung, die Mitte der 90er begann, ist nun zu Ende.

### Weder Aktion noch Reaktion

Was ist los mit der Linken und der Sozialdemokratie? Hundert Ursachen, hundert Erklärungen, hundert Entschuldigungen. Damit ließen sich Bücher füllen. Wenn die Linke in der Defensive ist, liegt das daran, dass die Linke weder der Beschleuniger der liberalen Globalisierung ist (sondern nur ein unschlüssiger Mitläufer), noch dass sie die Reaktion dagegen vertritt: Das ist der nationale, populistische, fremdenfeindliche Reflex. Links ist also weder Aktion noch Reaktion. Es ist eine schwache Position.

Und wo die Linke in die Offensive gerät, liegt dies am Bereich der Identitätspolitik. Siehe die *primaries* der Demokraten in den USA. Dort standen in den Personen von Hillary *versus* Obama die Genderemanzipation der Frauen und die Minderheiten-Emanzipation der »Nichtweißen«

einander gegenüber (wobei »Gender« für mich noch immer so etwas ist wie ein Gewürz aus der veganen Küche). Aber die kulturpolitische Schlüsselfrage lautet auch hier für die amerikanischen (Sozial-)Demokraten: Wohin gehen letztlich die Stimmen von *Joe Sixpacks* »weißer Mittelklasse mit niedrigerem Bildungsstand« als Reaktion auf die Ersetzung von »Klassenpolitik« durch »Identitätspolitik«?

Auf einer dieser Schwarzmalerkonferenzen kam ein deutscher Professor mit einer glänzenden Idee, frei nach der Kriegsstrategie des Generals von Clausewitz. In Analogie zu einem Heer, das in die Verteidigung gezwungen wird und sich defensiv zurückzieht, um die Wunden zu lecken und wieder zu Kräften zu kommen, sollten wir uns die europäische Sozialdemokratie als ein Heer vorstellen, das sich im »Winterlager« regeneriert. Das ist ein schöner Gedanke, um sich in einen fröhlichen Winter zu begeben. Die Zeit heilt alle Wunden.

(Aus dem Niederländischen von Macfarlane International, englische Ergänzung von Julia Máté.)

Werner A. Perger

## Warten auf Obama

### Hoffnung auf eine neue Chance für Europas Sozialdemokraten

*Die Malaise der europäischen Sozialdemokratie ist das etwas monotone Grundthema jeder Überlegung zur europäischen Parteienlandschaft. Grund genug gab und gibt es dazu. Es könnte allerdings sein, dass der Tiefpunkt des Jammertals durchschritten ist.*

#### Werner A. Perger

(\* 1942) promovierter Jurist, ist freier Journalist und Autor, schreibt hauptsächlich für die *Zeit*. Er beschäftigt sich vor allem mit der Diskussion politischer Ideen und Programme in Europa und mit Problemen der Demokratie. Er lebt und arbeitet in Berlin.

perger@zeit.de



Egal wie die linken Traditions-, Arbeiter- und Volksparteien sich selbst einordnen, ob links der Mitte oder vorsichtiger als »Mitte-Links«, Krise und Schwund an Wählern und Mitgliedern waren nahezu überall ihr ständiger Begleiter, ein Schatten, der auf die Stimmung drückte und die Zukunft verdunkelte. Es könnte aber bald zu Aufhellungen kommen.

Die andere, viel größere Krise, nämlich der Zusammenbruch des Finanzkapitalismus und die wachsende Überlebenspanik im Realkapitalismus, verändert die Szene. Das Drama der Sozialdemokratie verliert vor dem Zusammenbruch des Casino- und Spekulationssystems zumindest in der Wahrnehmung an Bedeutung. Die Banker leiden jetzt mehr.

### **Palliativmittel sind keine Therapie**

Dennoch: Die Lage der demokratischen Linken ist prekär. Kürzlich, auf einer Konferenz in London, zu der *Policy Network*, der *Thinktank* von *New Labour*, und das britische Büro der *Friedrich-Ebert-Stiftung* eingeladen hatten, wurde das politische Panorama wieder einmal sehr einleuchtend vorgetragen, zum Teil sogar, wie unter Briten üblich, mit feiner Ironie und bisigem Witz. Verheißungsvolle Strategien gegen die Sorgen und Ängste gab es jedoch kaum. Dass der Bankrott von *Lehman Brothers* und dessen katastrophale Auswirkungen auf die Weltfinanzwirtschaft für die Sozialdemokratie wenigstens vorübergehend schmerzlindernd wirken könnte, war zu dem Zeitpunkt nicht absehbar. Aber ohnehin sind Palliativmittel, wie man weiß, noch keine Therapie.

Einige Beispiele illustrieren, wie bitter die Lage der demokratischen Linken innerhalb der Europäischen Union ein Jahrzehnt nach der Phase politischer Hegemonie heute ist:

Zunächst Österreichs Sozialdemokraten: Sie treten etwas fröhlicher auf, als Genossen aus anderen Ländern, haben aber gar nicht so viel Anlass dazu. In der Wahl am 28. September haben sie sechs Prozentpunkte verloren und waren damit auf ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis abgesunken. Mit 29,3 Prozentpunkten sind sie gerade noch einmal auf Platz eins gelandet, wenngleich sehr knapp: Die beiden popu-

listischen Parteien, rechts von den Christdemokraten, kamen zusammen immerhin auf 28,4 Punkte (in absoluten Zahlen: 50.244 Stimmen weniger als die SPÖ). Zwar gelten die beiden Parteien, FPÖ und BZÖ, als zerstritten. Der Unfalltod Jörg Haider, der einst die FPÖ groß gemacht und dann, nach dem Bruch mit der FPÖ, die zweite Partei (BZÖ) gegründet hatte, könnte jetzt die reale Vereinigung der beiden Rechtsaußenparteien erleichtern. Bei Drucklegung dieses Heftes versucht der Sozialdemokrat Werner Faymann zusammen mit den Christdemokraten, den eigentlichen Verlierern der Wahl (minus 8,3), eine Regierung zu bilden, eine kleinere Große Koalition. Das könnte gelingen. Doch um das Gesamtbild nicht aus dem Auge zu verlieren, muss man sich daran erinnern, dass die moralische Niederlage der Partei des legendären Wiener Sozialdemokraten Bruno Kreisky schon vor der Wahl geschehen war: Faymann und sein noch amtierender Vorgänger als Kanzler, Alfred Gusenbauer, hatten dem Eigentümer des Massenblatts *Kronenzeitung*, dem Anti-Europa-Agitor Dichand, per Leserbrief versprochen, künftig über jeden wichtigen EU-Vertrag per Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Dass beispielsweise eine Aufnahme der Türkei in die EU in absehbarer Zeit eine Chance haben könnte, ist daher nicht anzunehmen. Ebenso wenig, dass die Parteiführung nach dem Kotau vor dem Presse mogul in absehbarer Zeit das verlorene Ansehen zurück gewinnt.

Die Arbeitspartei der Niederlande (PvdA), lange Zeit ein kreatives Vorbild für viele befreundete Parteien, ist jetzt zwar wieder Regierungspartei und stellt unter anderem den Finanzminister, trotz des enttäuschenden Abschneidens bei der Wahl 2006. Doch seither ging es erst recht bergab. In den Umfragen rutschte die Partei des ehemaligen *Shell*-Angestellten Wouter Bos immer weiter in den Keller. Ratlosigkeit breitet sich aus. »*Which way out?*«, fragten die Parteintelktuellen Frans Becker und

René Cuperus in einem Papier für die Londoner Konferenz: »Neue Parteiführer? Neue Denker? Neue Parteien?« Eine Art Hilferuf. Zugleich ist die PvdA aber auch ein Beispiel für die kuriose Entwicklung in jüngster Zeit inmitten der neuen, ungleich größeren Krise: Im Kapitalismus-Desaster macht der Finanzminister eine gute Figur, wirkt sachkundig und wetterfest, die Partei macht in den ersten Umfragen ein paar Punkte gut. Ist das der Ausweg – Kraft schöpfen aus der lebensgefährlichen Krise?

Die Lage der demokratischen Linken in Italien und Frankreich ist keineswegs geeignet, Hoffnung zu wecken. Im Gegenteil: Da sie in der Opposition herum stolpern, haben die Sozialisten in beiden Ländern keine Chance, als regierende Krisenmanager in der Weltfinanzkrise zu demonstrieren, dass sie – anders als Populisten und Neoliberale – einen Vertrauensbonus verdienen. Innerlich befangen in Kämpfen und Kämpfchen um Einfluss und Positionen, hat die einst starke Linke auf absehbare Zeit keine Aussicht, aus eigener Kraft an die Regierung zu kommen.

Skandinavien mag immer noch ein Modell sein, die skandinavische Linke ist es für die Schwesterparteien nicht. Lediglich Norwegen hat einen sozialdemokratischen Regierungschef, aber die Ausgangsbedingungen des reichen Ölscheitums im Norden ist so anders, dass *best practice*-Vergleiche den anderen nicht wirklich weiter helfen. Natürlich schmücken sich die Veranstalter der inzwischen jährlich stattfindenden progressiven Gipfeltreffen (2009 in Santiago, 2010 in Madrid) mit Jens Stoltenberg. Aber die anderen kommen nur als Zuhörer. In Dänemark sind die Sozialdemokraten mit der attraktiven, aber erfolglosen Vorsitzenden Helle Thorning-Schmidt ebenfalls auf einem neuen Tiefstand angelangt, die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung – gestützt auf die fremdenfeindlichen Rechtspopulisten im Parlament – ist stabil. In Schweden führten die

Sozialdemokraten zwar in den Umfragen, während die Mitte-Rechts-Koalition aus vier Parteien etwas durchhängt. Aber bis zur Wahl sind es noch zwei Jahre und die Parteivorsitzende Mona Sahlin hat sich noch nicht überzeugend als glaubwürdige Alternative zu den »Sozialdemokratie-light«-Rechten unter dem blassen Fredrik Reinfeldt etabliert.

So gesehen, ist die Lage der SPD in Deutschland bei Weitem nicht so schlimm, wie es zum Ende der Sommerpause, auf dem Tiefpunkt der *Beck-muss-weg*-Verzweiflung, den Anschein hatte. Die Partei ist, gemessen an ihren Werten in den Umfragen im Herbst 2008 weit entfernt von jedem Führungsanspruch. Der Jubel der Partei, auch in Berlin, über das bayerische Wahlergebnis vom 28. September war rational nur mit der Schadenfreude über den unerwartet tiefen Sturz der CSU erklärbar. Das Ergebnis der bayerischen SPD selbst (18,6 Prozent) gab keinen Anlass zur Freude. Doch das ist nicht die ganze Geschichte der aktuellen SPD-Krise, da war noch was: der Berliner Parteitag des 18. Oktober. Spätestens seit diesem Kraftakt der Selbstvergewisserung sieht es so aus, als sei die Partei mit dem Trio, um das andere europäische Parteien sie beneiden könnten, einigermaßen restabilisiert: mit Franz Müntefering, dem zur altersweisen Führungsfigur gereiften Vorsitzenden; Frank-Walter Steinmeier, dem Kanzlerkandidaten, der als Außenminister im Streit mit den anderen *Nato*-Staaten in der Russlandpolitik an Statur gewonnen hat, den innenpolitisch auf Grund seiner Fachkenntnis niemand ins Bockshorn jagen kann und dem seit seinem Auftritt auf dem Parteitag auch niemand mehr mit Fragen nach Stallgeruch und Parteiloyalität kommen dürfte; und Peer Steinbrück, dem Finanzminister, der in der Bankenkrise zum Turm in der Schlacht wurde und viel Prestige aufgehäuft hat. Eine Mannschaft mit solchen Führungsspielern kann zwar immer noch verlieren. Aber man traut ihr einen Platz für die *Champions League* wieder zu,

wovon vor dem Sommer noch keine Rede war.

Latente Krise und neue Hoffnung kennzeichnen die Lage im Vereinigten Königreich. Der Abstieg der *Labour Party*, der unter Tony Blair schon begonnen hatte, war zuletzt unter Gordon Brown geradezu dramatisch, geprägt von Mandatsverlusten bei Nachwahlen in traditionellen *Labour*-Hochburgen und vom Verlust der Bürgermeisterposition an einen populistischen Politclown der *Tories*. Doch hier, mehr als auf dem Kontinent, half die Banken- und Kreditkrise dem Regierungschef. Brown wurde europaweit zum Helden der Stunde. Dass er sich bis vor kurzem noch gegen die Forderung nach Regulierung der Finanzmärkte gestäubt hatte, spielt dabei keine Rolle. Im Gespräch mit dem Autor erinnert sich Gerhard Schröder an die Versuche der rot-grünen Regierung, auf dem Weltwirtschaftsgipfel 2005 in Schottland Amerikaner und Briten zu einem gemeinsamen Handeln gegenüber dem außer Kontrolle geratenen Spekulationskapitalismus zu animieren. Schröder: »Die haben uns in Gleneagles ausgelacht.«

Spanien schließlich: Die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) hat sich bisher hinter den Pyrenäen eher versteckt und ist westeuropäischen Einladungen zur Mitarbeit am Projekt Sozialdemokratie nur sporadisch nachgekommen. Inzwischen trifft man ihre Vertreter aber öfter mal auch außerhalb der iberischen Halbinsel an. Und die PSOE schafft sich eine neue Stiftung, die sich an der Wertedebatte in Europa beteiligen will. Glückauf! Die Fragen nach den vermeintlichen Geheimrezepten ihrer beiden Wahlerfolge von 2004 und 2008 können Spaniens Sozialisten indes nur dürftig beantworten, da es die Geheimrezepte nicht gibt. Der erste Wahlsieg ist mit den Fehlern der konservativen Regierung Aznar im Zusammenhang mit dem Terroranschlag von Madrid wenige Tage vor der Wahl relativ leicht zu erklären. Der zweite Erfolg vom März dieses Jahres beruht im Prinzip auf einer Mischung aus Popularität der freundlichen Regierung und Unbeliebtheit der unfreundlichen Opposition. Wichtig war im März dieses Jahres aber vor allem, dass die konjunkturelle Krise (spanische Bauflaute) zwar absehbar, aber nicht spür-

bar war und daher im Wahlkampf keine Rolle gespielt hatte. Seit dem Sommer ist die Regierung des Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero mit massiv steigenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert. Die Umfragewerte liegen unter den Wahlergebnissen. Mit Hilfe des souveränen – parteilosen – Superministers für Wirtschaft und Finanzen, des ehemaligen EU-Kommissars Pedro Solbes, beweist die PSOE-Regierung sich zurzeit aber als kompetent im Krisenmanagement, ähnlich wie Brown in Großbritannien. Das hilft und schafft neues Vertrauen. Ob es die Partei mittelfristig im Kampf um die urbanen Mittelschichten gegenüber den Konservativen stärkt, steht allerdings dahin. Die Konservativen in Spanien korrigieren ihren politischen Kurs im Ton und in einigen Inhalten zur Mitte.

Unter diesen insgesamt relativ instabilen Machtverhältnissen in Europa ist es nicht verwunderlich, wenn die verunsicherte, nach der Episode des Dritten Wegs leicht desorientierte Sozialdemokratie nun erwartungsvoll nach Amerika blickt. Auch dort scheint die Finanzkrise politisch dem progressiven Kandidaten zu helfen. Barack

Obamas Wahlkampf wird von den Europäern aufmerksam studiert, in der Methode noch mehr als im Inhalt. Und mit noch größerem Interesse wartet man darauf, wie der mutmaßliche Wahlsieger sich in der politischen Praxis bei der Realisierung des angekündigten Wandels bewegen wird.

Eine Wende in den Vereinigten Staaten wirkte vermutlich wie die notarielle Beglaubigung der geistigen und ideologischen Wende innerhalb des nordatlantischen Kapitalismus, die bereits im Gange ist. Auswirkungen auf Europa wären unausweichlich, auf jeden Fall im politischen Diskurs, vielleicht aber auch in der Verteilung der politischen Macht. Die kurze sozialdemokratische Hegemonie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre folgte auf die Wahlsiege Bill Clintons, auch wenn diese politisch in den USA keine Linksverschiebung zur Folge hatten (eher das Gegenteil). Das wäre, im Fall des Falles, dieses mal voraussichtlich anders. Ein atmosphärischer Transfer wäre wahrscheinlich. Wenn die Sozialdemokraten sich darauf vorbereiten, könnten sie davon profitieren. Die Konservativen und Christdemokraten sind schon dabei.

Matthias Machnig

## Bedingt einsatzbereit

### Zur Strategiefähigkeit politischer Parteien

*Zwar ist in der politischen Öffentlichkeit der Strategiebegriff allgegenwärtig, die Politik selbst ist aber strategieschwach. Für die SPD ist dieses prinzipielle Dilemma heute besonders prekär, verstand sie sich doch programmatisch stets als die strategische Reformpartei par excellence.*

#### Matthias Machnig

(\* 1960) war von 1999 bis 2002 Bundesgeschäftsführer der SPD und ist seit 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

buerlo.machnigst@bmu.bund.de



Es ist paradox: Die Politik, der Bereich mit dem höchsten Strategiebedarf, setzt sich kaum in systematischer Weise mit entsprechenden Fragen auseinander, jedenfalls nicht in der Form eines kollektiven Lernprozesses. Dieses Defizit wirkt sich für die SPD, die ja stets den Anspruch erhoben hat, eine strategische Reformpartei zu sein, be-